

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 07.01.2025

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Steve Kuhlmann

Herr Stephan Richter

Herr Michael Weber

Vertretung für Frau Bauer, öffentlicher Teil

SPD

Herr Melchior Fluhme

Frau Sylvia Gorsler

Herr Markus Kollmeier

Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joachim Hood

Frau Sarah Labarbe

Herr Janko Spieker

Frau Ruth Wegner

Vertretung für Frau Mamerow

FDP

Herr Nick Focke

Die PARTEI

Herr Christian Loth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Herr Daniel Müller

Psychiatriebeirat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Herr Michael Gugat

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht

Seniorenrat, Vertretung für Frau Huber

Herr Cihad Kefeli

Integrationsrat, Vertretung für Frau Adilovic

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter, Dezernat 3
Herr Jakob Bergen	Büro für Sozialplanung
Herr Sven Dodenhoff	Bauamt
Herr Yashar Gooklani	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent
Herr Fabian Möller	Büro für Sozialplanung
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter, Dezernat 5
Frau Paulina Rocker	Büro für Sozialplanung
Herr Sören Wiebusch	Stab Dezernat 5

Gäste

Herr Marc Alex	Geschäftsführer Jobcenter Arbeit <i>Plus</i> Bielefeld (TOP 5)
Herr Ulrich Paus	AGW
Herr Prof. Dr. Michael Stricker	Hochschule Bielefeld (TOP 5)

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
------------------------	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zur 47. Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest: Zwischen der SPD und der CDU sei Pairing vereinbart und die sachkundigen Bürger*innen Herr Richter und Frau Wegner verzichteten auf die Ausübung ihres Stimmrechts.

Zur **Tagesordnung** schlägt Vorsitzende Frau Gorsler den Ausschussmitgliedern vor, den **TOP 8** „mündlicher Bericht zur aktuellen Situation der Wohnungslosenhilfe“ im Interesse der hierfür anwesenden Öffentlichkeit vorzuziehen und nach TOP 4 zu behandeln.

Zu **TOP 14.1** „Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.12.2024 zum Vergabeverfahren von Aufträgen an private Wach- und Sicherheitsdienste“, Drucksachennummer 9291, verweist Vorsitzende Frau Gorsler auf die vorliegende Antwort der Verwaltung. Da hierin keine Informationen enthalten seien, die eine nichtöffentliche Behandlung begründen würden, schlägt sie vor, den TOP 14.1 **als TOP 3.2** in den öffentlichen Sitzungsteil zu verschieben.

Herr Copertino teilt mit, dass der CDU-Antrag zu TOP 4.1 „Zielgerichtete Prävention“ zurückgestellt werden solle, da aufgrund der Feiertage noch keine Zeit gefunden worden sei, eine gemeinsame Formulierung zu erarbeiten.

Herr Copertino fragt, ob der **TOP 5** „Kooperationsprojekt „PeerConnect“ in 1. Lesung behandelt werden könne, da die Begründung erst seit gestern vollständig bekannt sei. Da die nächste SGA-Sitzung erst am 18.02.2025 geplant und für diesen TOP heute zwei externe Berichterstatter anwesend seien, schlägt Erster Beigeordneter Herr Nürnberger vor, die Berichterstattung abzuwarten und danach - auch im Hinblick auf die abschließende Beratung im Finanz- und Personalausschuss - zu entscheiden, ob eine Beschlussfassung im SGA heute möglich sei. Damit sind die Anwesenden einverstanden.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage zu **TOP 3.1** „Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.12.2024 zur aktuellen Beschäftigungsquote von Menschen mit syrischer Herkunft in Bielefeld“, Drucksachennummer 9305, erst in der nächsten SGA-Sitzung erfolgen könne, da dem Jobcenter hierfür noch Daten von der Regionaldirektion mitgeteilt werden müssten.

Die Anwesenden sind mit den vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung einverstanden.

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung der Niederschrift über die 44. Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit der Bezirksvertretung Mitte am 14.11.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über die 44. Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit der Bezirksvertretung Mitte am 14.11.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 04.12.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 04.12.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es gibt keine Mitteilungen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.12.2024 zur aktuellen Beschäftigungsquote von Menschen mit syrischer Herkunft in Bielefeld?

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9305/2020-2025

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.12.2024 zum Vergabeverfahren von Aufträgen an private Wach- und Sicherheitsdienste

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9291/2020-2025

Hinweis der Schriftführung:

Der TOP 14.1 aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil wird als neuer TOP 3.2 in öffentlicher Sitzung behandelt.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verliest die im Gremieninformationssystem eingestellte sowie zusätzlich als Tischvorlage ausliegende Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU-Fraktion. Es gibt keine Fragen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. -

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Zielgerichtete Prävention - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

9011/2020-2025 (Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2024)

9078/2020-2025 (Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025)

9228/2020-2025 (Änderungsantrag der Lokaldemokratie in Bielefeld zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025 vom 04.12.2024)

Der Antrag mit der Drucksachennummer 9011 sowie die sich darauf beziehenden Änderungsanträge mit den Drucksachennummern 9078 und 9228 werden auf die nächste Sitzung des SGA am 18.02.2025 vertagt.

Zu Punkt 4.2 Verbot des Verkaufs von Lachgas an minderjährige Personen (Antrag der CDU-Fraktion vom 17.12.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9290/2020-2025

Herr Copertino bringt den Antrag ein, der zum Ziel habe, den Missbrauch von Lachgas einzudämmen.

Antragstext:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob ein Verbot des Verkaufs von

Lachgas an minderjährige Personen einschließlich der Abgabe über Automaten möglich ist und welche Schutzmaßnahmen ergriffen werden können, um den unkontrollierten Zugang zu Lachgas für Kinder und Jugendliche zu verhindern.“

Frau Beier verweist auf die 2024 beschlossenen Verbote in der Stadt Osnabrück und dem Landkreis Helmstedt sowie den im Bundeskabinett gebilligten Entwurf für ein gesetzliches Abgabeverbot. Sie sieht einen Prüfauftrag zu dem Thema positiv.

Beigeordneter Herr Adamski bittet darum, das Gesetzgebungsverfahren abzuwarten, um flächendeckend und einheitlich vorgehen zu können.

Frau Rammert unterstützt das geforderte Verbot aufgrund der massiven Folgeschäden des Konsums von Lachgas. Sie erbittet im Zuge des Prüfauftrages auch Zahlen zur konkreten Situation in Bielefeld, z.B. wie viele Behandlungen die Kinderklinik aufgrund von Lachgaskonsum durchführt.

Herr Kefeli unterstreicht die Dringlichkeit des Themas, da er wahrnehme, dass Lachgas eine sehr gängige Partydroge geworden sei.

Herr Kuhlmann betont, dass der SGA mit dem Beschluss ein Zeichen setze, dass in Bielefeld alles getan werde, um den Konsum unverzüglich einzudämmen. Der Prüfauftrag solle Grundlage dafür werden, eine kommende bundesgesetzliche Regelung so schnell wie möglich umsetzen zu können.

Herr Gugat teilt das bisher Gesagte, gibt aber zu bedenken, dass Prohibition die Gefahr berge, dass Konsument*innen in Kontakt zum kriminellen Milieu gerieten. Er wünsche sich, dass durch die Drogenberatung und -hilfe aufgeklärt werde, warum die Stadt Bielefeld dieses Signal gegen den Verkauf und Konsum von Lachgas setze.

Nach Ende der Aussprache fasst Vorsitzende Frau Gorsler mit Zustimmung der Anwesenden die vorgebrachten Ergänzungen zu folgendem Beschlussvorschlag zusammen und lässt darüber abstimmen:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob ein Verbot des Verkaufs von Lachgas an minderjährige Personen einschließlich der Abgabe über Automaten möglich ist und welche Schutzmaßnahmen ergriffen werden können, um den unkontrollierten Zugang zu Lachgas für Kinder und Jugendliche zu verhindern.

Dabei sollte auch die Ist-Situation in Bielefeld zahlenmäßig eruiert werden und eine Zusammenarbeit mit der Drogenhilfe und -beratung stattfinden, um auf das Suchtpotenzial des Lachgases hinzuweisen.“

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob ein Verbot des Verkaufs von Lachgas an minderjährige Personen einschließlich der Abgabe über Automaten möglich ist und welche Schutzmaßnahmen ergriffen werden können, um den unkontrollierten Zugang zu Lachgas für Kinder und Jugendliche zu verhindern.

Dabei sollte auch die Ist-Situation in Bielefeld zahlenmäßig eruiert werden und eine Zusammenarbeit mit der Drogenhilfe und -beratung stattfinden, um auf das Suchtpotenzial des Lachgases hinzuweisen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 5

Kooperationsprojekt „PeerConnect“: Verstetigung und Weiterentwicklung des Projekts „BEA - Beraten, Ermutigen, Assistieren“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9236/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Herrn Alex und Herr Prof. Dr. Stricker als Berichterstatter. Herr Alex stellt das seit 2019 vom Jobcenter durchgeführte Projekt „BEA“ vor. Die Erfahrungen aus fünf Projektjahren sollten weiter genutzt und die Projektmaßnahmen und -ziele verstetigt werden. Herr Alex erklärt, wie das Beratungssetting um die Peer-Beratung ergänzt worden sei und Fortschritte bei den Betroffenen erreicht worden seien. Nun solle dies schrittweise auf die gesamte Stadt ausgeweitet werden, räumlich in die Quartiere und inhaltlich für neue Zielgruppen.

Herr Prof. Dr. Stricker erläutert die Rolle der Hochschule Bielefeld (HSBI) in dem Projekt. Die Abordnung einer Nachwuchslehrkraft aus dem Qualifizierungsprogramm an die Praxis habe zum Ziel, fehlende Berufspraxis bei gleichzeitiger Erfüllung des Lehrauftrages zu erwerben. Dadurch werde das Projekt wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Herr Alex und Herr Prof. Dr. Stricker beantworten Fragen der Anwesenden:

- Das Projekt bringe unterschiedliche Akteure zusammen, die aus verschiedenen Perspektiven mit dem unterstützten Menschen zu tun hätten.
- Die derzeit vorhandenen Peer-Begleitungen für Menschen mit psychischen oder Suchterkrankungen sollten nicht verloren gehen. Für weitere Zielgruppen müssten noch Peer-Begleitungen ausgebildet werden. Vom Projektansatz profitierten sowohl die Peer-Begleitungen, als auch die Begleiteten.
- In der Projektlaufzeit habe „BEA“ rd. 350 bis 400 Personen erreicht. Dies sei umso bedeutender, da zu Projektbeginn 2 Jahre die persönlichen Kontakte aufgrund der Corona-Pandemie sehr eingeschränkt gewesen seien.
- Die Stelle der HSBI könne und solle ab 01.06.2025 besetzt werden.
- Am 13.02.2025 gebe die Abschlussveranstaltung zum „BEA“-Projekt die Möglichkeit, sich weitergehend zu informieren und auch „O-Töne“ der Peer-Begleitungen und der Begleiteten zu hören.

Erster Beigeordneter Nürnberger erläutert die Finanzierung der städtischen Projektbeteiligung mittels eines Teils der Projektmittel, die dem Büro für Sozialplanung in Höhe von insgesamt 294.000 Euro im Jahr zur Verfügung stünden.

Herr Copertino erklärt, dass seine Fraktion aufgrund der erfolgten Berichterstattung und der beantworteten Fragen nunmehr abstimmungsbereit sei, so dass Vorsitzende Frau Gorsler über die Beschlussvorlage abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss zu beschließen:

- **Das Dezernat für Soziales und Integration wird beauftragt, das Projekt „BEA – Beraten, Ermutigen, Assistieren“ im Rahmen der Förderlinie „rehapro“ des BMAS nach dem Auslaufen der Förderung im Mai 2025 unter dem Projekttitel „PeerConnect“ in Bielefeld zu verstetigen, weiterzuentwickeln und in kommunale Strukturen zu integrieren.**
- **Hierzu wird im Büro für Sozialplanung eine Projektstelle im Umfang von 20 Stunden pro Woche für die Dauer von drei Jahren, beginnend am 01.06.2025 bis zum 31.05.2028, eingerichtet. Die Finanzierung dieser Stelle erfolgt zur Hälfte durch eine Zuweisung der HSBI und zur anderen Hälfte aus Projektmitteln des Büros für Sozialplanung.**
- **Die geplante Verstetigung des BEA-Projekts steht unter dem Vorbehalt, dass das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld die geplante Förderung nach § 16f SGB II unter den Bedingungen einer vorläufigen Haushaltsführung bzw. einer Haushaltssperre des Landes auf den Weg bringen kann.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Öffentliche Toiletten in Bielefeld – Sachstand

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Herrn Dodenhoff, der anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand des Planungsprozesses berichtet. Seine Präsentation steht als [Anlage 1](#) zu TOP 6 der 47. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Herr Dodenhoff erläutert, dass die personellen Ressourcen für die Umsetzung des Beschlusses des HWBA vom 17.04.2024 erst seit Oktober 2024 zur Verfügung stünden.

Das Amt für Verkehr werde die WC-Hinweisschilder auf dem Jahnplatz Anfang 2025 anbringen lassen. Dies sei nur eine Übergangslösung, da ein touristisches Leitsystem im Zuge der INSEK-Fördermaßnahmen für die Innenstadt entwickelt werden solle. Hierfür brauche es noch etwas Zeit für die Akquirierung von Finanzmitteln.

Seiner Auffassung nach verbessere sich die Toilettensituation in der Innenstadt laufend, so sei mit der Toilettenanlage in der Wissenswerkstadt

ein weiterer Standort hinzugekommen. Sie müsse noch besser ausgeschildert werden, um einfacher auffindbar zu sein. Weitere Projekte der Stadterneuerung verbesserten die Toilettenversorgung, auch wenn dies nicht originär vorgesehen sei. Hierfür zeigt Herr Dodenhoff ein Beispiel aus Senneville.

Bis Mitte des Jahres solle die Bedarfsanalyse abgeschlossen sein, wo eine öffentliche Toilette benötigt würde und was deren Errichtung und Unterhaltung kosten würde.

Frau Beier äußert ihr Unverständnis darüber, dass sich die Situation an den Verkehrsknotenpunkten und bei der Ausschilderung immer noch nicht verbessert habe. Herr Copertino schließt sich ihr an und räumt ein, dass es ein Vandalismusproblem gebe. Herr Hood fordert zeitnah konkrete nächste Schritte und einen Zeitplan. Frau Wegner wünscht sich eine schnelle Beschilderung, die auf Toiletten in öffentlichen Gebäuden wie z.B. der VHS oder dem Technischen Rathaus hinweise. Herr Spieker schlägt vor, die Standorte der öffentlichen Toiletten online z.B. in Google Maps einzutragen.

Herr Adamski merkt an, dass nun die Zuständigkeiten für die Planung geregelt seien. Für die Unterhaltung sähen er und das Bauamt nicht die Stadtplanung, sondern den ISB als geeignete Stelle an. Für die Unterhaltung einer WC-Anlage müsse mit ca. 100 Euro pro Tag kalkuliert werden. Hierüber wolle er mit der neuen Dezernentin Frau Koch sprechen. Herr Dodenhoff ergänzt, dass die zersplitterten Zuständigkeiten die Beantwortung sehr erschwert hätten. Dies werde nun durch die systematische Bestandsaufnahme und -analyse gelöst, deren Ergebnisse Mitte des Jahres vorliegen sollten. Die Ausschilderung in der Innenstadt könne kurzfristig verbessert werden.

-.-.-

Zu Punkt 7

Weiteres Vorgehen zum Modellprojekt „Quartier inklusiv!“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9273/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Frau Rocker und Herrn Möller, die das Modellprojekt „Quartier inklusiv!“ vorstellen. Die LWL-Sozialstiftung habe bisher keine kreisangehörige Kommune als weitere Projektpartnerin finden können, was die Projektdurchführung durch die Stadt Bielefeld noch bedeutender mache.

Frau Rocker erläutert, dass das Projekt zur sozialraumorientierten Teilhabe von Menschen mit Behinderung seit dem 01.01.2025 für 2 Jahre durchgeführt werde und ein Finanzvolumen von 126.000 Euro habe. Kooperationspartnerin sei die Hochschule Bielefeld (HSBI).

Frau Rocker stellt die ausgewählten Quartiere in Brackwede und Sieker vor, in denen rd. 650 bzw. 800 Menschen mit Behinderung lebten. Diese Auswahl sei gemeinsam konzipiert worden mit der Hochschule Bielefeld (HSBI), dem LWL und Trägern der Eingliederungshilfe.

Frau Rocker erklärt die Rolle der HSBI und das weitere Vorgehen. Sie weist auf die Auftaktveranstaltung am 04. März 2025 in der Founders

Foundation hin.

Vorsitzende Frau Gorsler hebt das Zutrauen der LWL-Sozialstiftung in die Stadt Bielefeld hervor, was ihr ermögliche, federführend Strukturen auch für andere Kommunen zu erarbeiten.

Auf Bitte von Frau Beier stehen die Karten der jeweiligen Einzugs- und Projektgebiete als [Anlage 2](#) und [Anlage 3](#) zu TOP 7 der 47. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 9273 zur Kenntnis. -

Zu Punkt 8

mündlicher Bericht zur aktuellen Situation der Wohnungslosenhilfe

Hinweis der Schriftführung

Dieser TOP wurde nach TOP 4 behandelt und wird unter TOP 8 protokolliert.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger führt unter Hinweis auf die Sondersitzung vor 5 Tagen in die Thematik ein. Der Sicherheitsdienst sei deutlich ausgeweitet worden, so dass auch im Quartier Patrouillengänge erfolgten. Er nennt die Anwesenheitszeiten des Personals von Sicherheitsdienst und Johanniter-Unfallhilfe. Auch das Ordnungsamt sei immer wieder vor Ort und führe z.T. gemeinsame Patrouillengänge mit dem Sicherheitsdienst durch. Die Maßnahmen hätten zu Verbesserungen der Situation geführt. Es bleibe bei der engen Zusammenarbeit des Sozialamtes mit dem Betreiber und dem Sicherheitsdienst der Unterkunft sowie dem Angebot, jederzeit Vorfälle den Ansprechpartnern vor Ort oder im Sozialamt zu melden.

Da auch die Unterkunft in der Kreuzstraße stark nachgefragt und belastet sei, würden Menschen von hier in die Schillerstraße verlegt. Die Belegungszahlen veränderten sich in Abhängigkeit von der Witterung. Im nächsten SGA am 18.02.2025 werde er weiter über die Wohnungslosensituation berichten.

In der anschließenden Aussprache begrüßen die Anwesenden, dass sich die getroffenen Maßnahmen positiv ausgewirkt hätten und bedanken sich bei den Anwohner*innen und Mitarbeitenden. Die Fragen aus dem SGA beantworteten Erster Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Gooklani wie folgt:

- Der Einsatz des Sicherheitsdienstes auch zu Nichtöffnungszeiten habe sich bewährt und werde betrieben, so lange die Unterkunft stark genutzt werde und deshalb eine Notwendigkeit gesehen werde.
- Über die Feiertage hätten der Betreiber bzw. der Sicherheitsdienst

zweimal die Polizei gerufen, ohne dass deren hoheitliches Eingreifen notwendig geworden sei. Eine Mail sei an den Dezernenten 5 persönlich eingegangen, das Ordnungsamt habe keine Meldungen erhalten. Der Sicherheitsdienst und die Johanniter-Unfallhilfe seien vor Ort ansprechbar.

- Die Nutzer*innen nähmen die Einrichtung gut an und wären mit deren Ausstattung und Sauberkeit sehr zufrieden.
- Der Konsum von illegalen Drogen sei wie überall verboten. Das Rauchen sei aus Brandschutzgründen verboten. Sozialverträglicher Alkoholkonsum sei erlaubt. Bei Verstößen oder unangebrachtem Verhalten sei die Sanktionierung durch eine Verlegung möglich und erfolge auch.

Letzterem schließt sich eine Diskussion über den Alkoholkonsum in Einrichtungen an, zu der Herr Paus Stellung bezieht: in Deutschland verzeichneten rd. 9 Mio. Menschen einen ungesunden Alkoholkonsum. Solange Verbote von Suchtmitteln gesellschaftlich nicht anerkannt seien, seien sie in Einzelfällen auch nicht hilfreich. Alle wünschten sich, dass sich die Bewohner des HBZ möglichst unauffällig in die Wohnsituation einfügten, dass klappe aber nicht in allen Fällen, so wie das eben in anderen Nachbarschaften auch vorkomme.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger betont, dass es bei Wohnungsloseneinrichtungen in jeder innerstädtischen Lage eine betroffene Nachbarschaft geben werde. Er bittet um Vertrauen in die große Erfahrung und Kompetenz der Betreiber.

Zu Punkt 9

mündlicher Bericht: Sprachmittlungsdienst der Stadt Bielefeld

Frau Krutwage berichtet über die Auswirkungen des sogenannten „Herrenberg“-Urteil aus dem vergangenen Jahr. Hierdurch sei die Beschäftigung von Honorarkräften nicht mehr risikofrei. Davon sei auch der ehrenamtliche Sprachmittlungsdienst im Kommunalen Integrationszentrum (KI) der Stadt Bielefeld betroffen, auf den die Fachämter bisher zugegriffen hätten, um Fach- und Kulturkompetenz in den Beratungsalltag einzubinden. Nun sei ein neues Konzept notwendig, dabei sollten auch technische Lösungen eingesetzt werden. Diese könnten aber das persönliche Gespräch nicht immer ersetzen und daher sei eine Anschlusslösung nötig.

Auf Nachfrage von Frau Beier erläutert Frau Krutwage, dass seit dem 01.01.2025 die rd. 110 beim KI gelisteten ehrenamtlichen Sprachmittler*innen nur noch im Rahmen der Ehrenamtspauschale (840 Euro/Jahr) eingesetzt würden. Für sehr benötigte und nachgefragte Sprachen sei aktuell mit vier Personen eine Dienstleistungsvereinbarung für eine befristete Zeit abgeschlossen worden, um die Zwischenzeit zu überbrücken.

Zu Punkt 10

Benennung von Mitgliedern des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9174/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 07.04.2022 werden folgende Personen als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt:

<u>Name:</u>	<u>Institution</u>
Frau Joana Langenbrinck (bisher Frau Bernadette Brandtmann)	Kooperationskreis Kinder- und Jugendpsychiatrie
Frau Andrea Kröpp (bisher Herr Rüdiger Klein)	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Bielefeld (PSAG)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es gibt nichts zu berichten.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung um 19:00 Uhr her.

gez.

gez.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)